Newsletter 01-2024

Liebe Mitglieder des
ESSENER BÜRGER BÜNDNIS – FREIE WÄHLER,

herzlich willkommen zum ersten Newsletter des Jahres! Wir freuen uns, Ihnen einen Überblick über einige wichtige Themen und Entwicklungen in unserer Stadt präsentieren zu können.

In dieser Ausgabe widmen wir uns einer Vielzahl von Anliegen, die uns als ESSENER BÜRGER BÜNDNIS besonders am Herzen liegen. Wir werfen einen genaueren Blick auf den katastrophalen Zustand der Straßen und die dringende Notwendigkeit, den Zustand der Straßen in Essen zu verbessern.

Ein weiteres wichtiges Thema betrifft die Nahversorgung in Freisenbruch. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedürfnisse der Freisenbrucher angemessen berücksichtigt werden und das Nahversorgungszentrum endlich gebaut wird.

Des Weiteren berichten wir über die Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge, eine Maßnahme, die längst überfällig ist und endlich umgesetzt werden muss.

Ebenso diskutieren wir die notwendige Forderung nach mehr Parkplätzen auf dem Ardeyplatz in Rellinghausen, um die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Last but not least möchten wir die Diskussion über den Ausbau des Stadions an der Hafenstraße auf 35.000 Plätze anstoßen. Ein modernes und großzügiges Stadion ist wichtiger Bestandteil unserer sportlichen Identität und für eine Großstadt wie Essen mit Anspruch im Spitzensport alternativlos. ESSEN KANN MEHR, ESSEN braucht mehr als die mutlose Planung von 28.500 Plätzen von schwarz-grün!

EBB-FW: 120 Mio. EUR der STEAG müssen in den Schuldenabbau und Straßensanierung fließen

Die Fraktion befürchtet, dass sich hinter „Energie- und Wärmewende“ Stützung der Ruhrbahn versteckt Das Essener Bürger Bündnis - Freie Wähler (EBB-FW) fordert, den Erlös in Höhe von 120 Mio. EUR aus dem Verkauf der STEAG neben einer Investition in die marode Straßeninfrastruktur zum Abbau der Liquiditätskredite der Stadt Essen zu verwenden. Fraktionsvorsitzender Kai Hemsteeg begründete dies mit den hohen Zinsaufwendungen und der Notwendigkeit einer generationengerechten Finanzpolitik.

„Die Stadt Essen ist mit rund 1,6 Milliarden Euro Krediten zur Liquiditätssicherung die Stadt mit den bundesweit höchsten Kassenkrediten“, sagte Hemsteeg. „Diese Schulden müssen wir abbauen. Die Zinsaufwendungen sind enorm, unterliegen einer ständigen Gefahr der Zinsschwankung und belasten den Haushalt. Außerdem ist es nicht fair, dass die nächsten Generationen für unsere Fehler zahlen müssen.“ Hemsteeg kritisierte zudem, dass das Geld bei der Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (EVV) geparkt werden könnte, um die Ruhrbahn weiter zu stützen. „Die Ruhrbahn ist schlecht geführt und bräuchte dringend eine Restrukturierung, um leistungsfähiger zu werden“, sagte er. „24 Prozent Krankenstand sind ein Skandal. Wir können uns nicht leisten, das Geld in ein Unternehmen zu stecken, das seine Aufgaben nicht erfüllt.“

Das EBB-FW fordert daher, den Erlös aus dem STEAG-Verkauf zum Abbau der riskanten Liquiditätskredite zu verwenden. „Das ist die beste Investition für die Zukunft der Stadt Essen“, sagte Hemsteeg.

Start › Lokalpolitik

LOKALPOLITIK

Bürger-Bündnis fordert, den Erlös aus dem STEAG-Verkauf ins Straßennetz Essen zu investieren

By Detlef Leweux Februar 9, 2024 6

Facebook

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS-Freie Wähler (EBB-FW) fordert erneut, den Erlös in Höhe von 120 Mio. Euro aus dem Verkauf der STEAG neben dem Abbau von Liquiditätskrediten in die Sanierung der maroden Straßeninfrastruktur der Stadt Essen zu investieren. „Dass die Straßen in Essen einen katastrophalen Zustand haben und dringend mehr Einsatz für Sanierung bedürfen, kann jeder Verkehrsteilnehmer sehen und spüren, egal ob mit Auto Fahrrad oder zu Fuß. Essen braucht eine Verkaufsoffensive, die die Leistungsfähigkeit wieder hergestellt, anstelle von schwarz-grüner Verhinderungspolitik und Radwegfantasien, die keinen vorwärts bringen“, sagt der Ratsherr des EBB-FW, Joachim Kluft.

Kluft kritisiert zudem, dass das Geld bei der EVV geparkt werden könnte, um die Ruhrbahn weiter zu stützen: „Die Ruhrbahn ist schlecht geführt und bräuchte dringend eine Restrukturierung, um leistungsfähiger zu werden. 24 Prozent Krankenstand und der Ausfall ganzer Linien sind ein Skandal. Wir können uns nicht leisten, das Geld in ein Unternehmen zu stecken, das seine Aufgaben nicht erfüllt.“

EBB: Steag-Geld für Sanierung von Straßen nutzen

Essener Bürger Bündnis fürchtet Versickern der 120 Millionen Euro

Das Essener Bürger Bündnis (EBB) will den millionenschweren Erlös aus dem Verkauf der Steag-Aktien in den Abbau von Liquiditätskrediten und die Sanierung der maroden Straßeninfrastruktur investiert wissen. „Dass die Straßen in Essen einen katastrophalen Zustand haben und dringend mehr Einsatz für Sanierung bedürfen, kann jeder Verkehrsteilnehmer sehen und spüren, egal ob mit Auto, Fahrrad oder zu Fuß“, sagt EBB-Ratsherr Joachim Kluft.

Die Stadt hat allerdings andere Pläne und will die 120 Millionen Euro bei der städtischen Holding EVV parken, um damit die Energiewende mitzufinanzieren. Das Bürger Bündnis sieht das kritisch, es drohe die Gefahr, dass das Geld letztlich bei der Ruhrbahn versickere, um das Defizit auszugleichen. „Die Ruhrbahn ist schlecht geführt und bräuchte dringend eine Restrukturierung, um leistungsfähiger zu werden“, so Kluft. „Wir können es uns nicht leisten, das Geld in ein Unternehmen zu stecken, das seine Aufgaben nicht erfüllt.“ Der Oberbürgermeister sei aufgefordert, in diesem Punkt Farbe zu bekennen. Darauf hätten die Bürger ein Recht.

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS FREIE WÄHLER

EBB-FW fordert zeitnahe Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in Essen

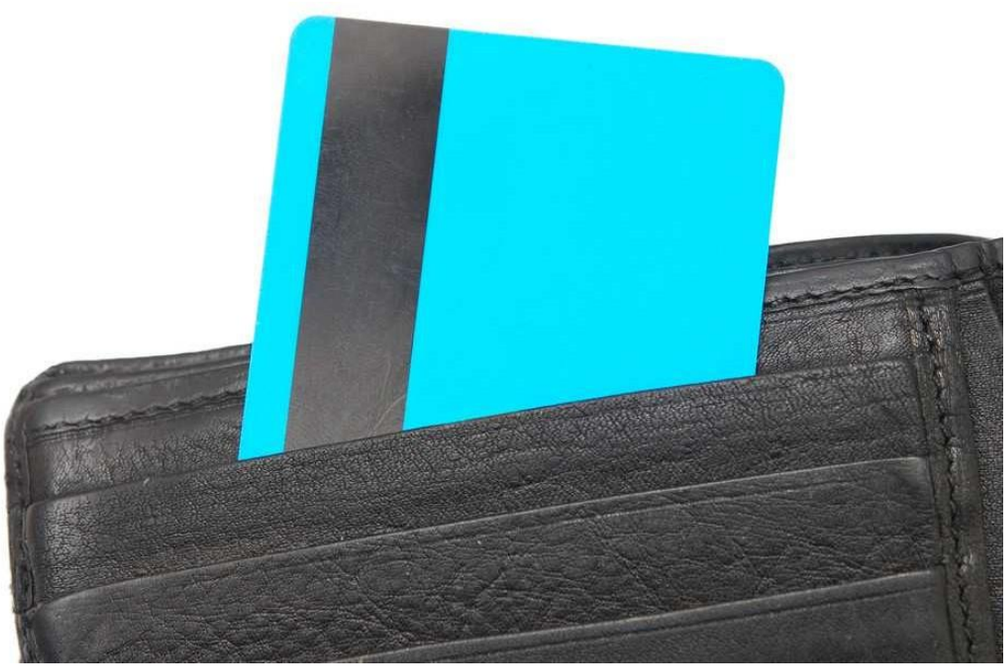
Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS- Freie Wähler (EBB-FW) fordert die Stadt Essen auf, die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete zeitnah umzusetzen. „Der einheitliche Beschluss der Bundesländer gibt uns recht“, erklärt Fraktionsvorsitzender Kai Hemsteeg. „Die Erfahrungen von einzelnen Landräten zeigen, dass die Bezahlkarte eine wirksame Maßnahme ist, um die Ausnutzung der großzügigen Gastfreundschaft in Deutschland zu verhindern.“

Medien hatten in diesem Zusammenhang davon berichtet, dass nach behördlichen Schätzungen bundesweit in 2023 von Flüchtlingen mehrere Mrd. Euro in die Heimatländer transferiert wurden.

Wie Hemsteeg weiter ausführt, hätten zahlreiche Flüchtlinge, die kein Bargeld erhalten und damit auch ihre Grundsicherung nicht in ihre Heimatländer überweisen können, die Kommunen wieder verlassen. „Das zeigt, dass die Bezahlkarte ein wirksames Mittel ist, um die Integration von Geflüchteten zu unterstützen und Ausnutzung unseres Sozialstaatsprinzips zu verhindern“, so Hemsteeg.

Im September 2023 war das EBB-FW für seine Entscheidung kritisiert worden, sich im Rat der Stadt Essen für die Einführung der Bezahlkarte zu positionieren. Die Abstimmung erfolgte gemeinsam mit der AfD. „Wir setzen auf Sachpolitik statt Ideologie und Scheuklappen“, betont Hemsteeg. „Unsere Orientierung an der Sache gibt uns bei der Frage der Bezahlkarte ein weiteres Mal Recht.”

Die Bundesregierung hatte unlängst beschlossen, dass Asylbewerber in Deutschland mindestens einen Teil ihrer Leistungen künftig als Guthaben auf einer Bezahlkarte bekommen sollen. Die Nutzung solcher Bezahlkarten soll Schutzsuchenden die Möglichkeit nehmen, Geld aus staatlicher Unterstützung in Deutschland an Angehörige und Freunde im Herkunftsland zu überweisen.



EBB-FW: Erweiterung auf 35.000 statt Stagnation beim Stadionausbau

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS - Freie Wähler (EBB-FW) bekräftigt seine Forderung nach Ausbau des Stadions an der Hafenstraße auf mindestens 35.000 Zuschauer.

„Essen braucht ein Stadion mit wenigstens 35.000 Zuschauern, wenn wir als Großstadt dauerhaft oben mitspielen wollen. Diesen Willen bekunden auch die Essener an jedem Spieltag mit ihrem großen Zuspruch für RWE. Die Beendigung der Engagements der Herren Uhlig und Peljhan zeigt, dass wir dem Verein und seinem Führungspersonal dringend Entwicklungsperspektiven geben müssen. Bei dem hervorragenden sportlichen Abschneiden und einem Zuschauerschnitt, der in Liga 3 seines gleichen sucht, müssen wir dem Verein als Politik schnellstens positive Signale geben. Wer sich mit Petitessen, wie der Einführung von Mehrwegbechern und einem Fahrradparkhaus, mehr beschäftigt als mit der Stadionerweiterung und Parkhäusern, der verspielt die Chance für RWE und die Stadt endlich wieder bundesweit konkurrenzfähig zu werden.“ äußert sich der Fraktionsvorsitzende Kai Hemsteeg verärgert über das Zaudern der schwarz-grünen Ratsmehrheit.

Hemsteeg kritisiert, dass die aktuelle Planung weit hinter den Erwartungen zurückbleibt: „Eine Erweiterung auf nur etwa 26.500 Plätze lässt uns kaum über die Größe des alten Georg-Melches-Stadions hinauskommen und verstärkt unseren Rückstand zu Nachbarstädten mit größeren Arenen. Besonders jetzt, wo Rot-Weiss Essen sportlich so erfolgreich ist und das Stadion regelmäßig an seine Kapazitätsgrenzen stößt, schadet das Zögern von Schwarz-Grün der Stadt und damit den Essener Bürgern.“

Das EBB-FW fordert eine ambitioniertere Herangehensweise, einschließlich der Diskussion einer Erweiterung auf 35.000 Plätze und der Einplanung eines PKW-Parkhauses, um dem drohenden Verkehrschaos entgegenzuwirken.

Straßenzustand in Essen ist katastrophal!

EBB-FW-Fraktionsvorsitzender Hemsteeg: „Schwarz-Grün vernachlässigt Infrastruktur“

Die Hauptstraßen in Essen sind teils in einem katastrophalen Zustand. Zahlreiche Schlaglöcher, die anders als in anderen Jahren besonders groß und tief sind, sorgen für eine Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer. Neben Autofahrern sind auch schwächere Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer hierdurch gefährdet.

„Der Zustand der Essener Straßen ist ein Skandal“, kritisiert Joachim Kluft, stellv. Fraktionsvorsitzender des ESSENER BÜRGER BÜNDNIS – Freie Wähler (EBB-FW) im Rat der Stadt Essen. „Die seit Jahren zu geringen Investitionen in das Haupt- und Nebenstraßennetz durch die Verwaltung und unterstützt durch die Mehrheit aus CDU und Grünen sind dafür verantwortlich. In Teilen sind wir an einer Grenze, wo die Frage zu stellen ist, ob die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht noch nachkommt.“

Im kommenden Jahr sollen lediglich 9,6 Mio. Euro in den Bestandserhalt des Hauptstraßennetzes investiert werden. Wohingegen für neue Radwege ein mittlerer zweistelliger Millionenbetrag im Stadthaushalt eingeplant ist. Allein die Erweiterung der Gruga-Trasse für Radfahrer sei mit 14 Mio. Euro eingeplant.

„Anträge des EBB-FW die Investitionen zu erhöhen, werden durch Schwarz-Grün in trauriger Regelmäßigkeit abgelehnt oder vor Behandlung in den Ratsgremien von der Tagesordnung genommen“, so Hemsteeg. „Während die für die Bürger und die lokale Wirtschaft notwendige Straßeninfrastruktur seit Jahren sträflich vernachlässigt wird, gibt sich Schwarz-Grün Umweltfantastereien wie einem 70 Mio. Euro teuren Stelzenradweg hin. Ein Hohn für alle, die auf ein funktionierendes Straßennetz angewiesen sind.“

Das EBB-FW fordert die Stadtverwaltung auf, den Zustand der Essener Straßen endlich ernst zu nehmen und die Investitionen in den Bestandserhalt deutlich zu erhöhen. „Wir brauchen ein tragfähiges Konzept für die Sanierung und den Ausbau des Straßennetzes“, so Kluft. „Die Stadt muss ihren Bürgerinnen und Bürgern und der lokalen Wirtschaft eine sichere und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bieten.“

Und ewig grüßt das „Schlagloch-Tier“...

Straßenzustands-Debatte in Essen - Essener Bürger-Bündnis / Freie Wähler fordert mehr Investitionen

Die zurückliegenden regenintensiven Wochen machen sich auch im Straßenbild bemerkbar. Die Wassermengen haben dazu geführt, dass dies an vielen Straßenstellen durch kleine Risse in den Asphalt eingedrungen ist.

Bei den aktuell niedrigen Temperaturen gefriert das Wasser und dehnt sich aus. So entsteht Druck und eine Art Sprengwirkung im Asphalt. Fährt dann beispielsweise ein Auto über die betroffene Stelle, können sich Teile des Asphalts lösen.

Aufgrund dessen ist ein mehrmaliger Frost-Tau-Wechsel im Zusammenhang mit Nässe und einer hohen Verkehrsbelastung besonders schlecht für bereits vorgeschädigten Asphalt.

Die Stadt bessert unter Hochdruck die Straßen aus, doch das Essener Bürger-Bündnis fordert mehr Investitionen statt der üblichen Flickschusterei. Foto: Brochhagen

500 Löcher pro Tag sanieren

Um die an vielen Stellen im Stadtgebiet entstandenen Schlaglöcher aufzufüllen, hat das Amt für Straßen und Verkehr den Einsatz seiner Mitarbeitenden in den kommenden Tagen erhöht und wird auch am kommenden Wochenende im Einsatz sein, meldet das Stadtpresseamt. Insgesamt acht Teams werden unterwegs sein und so bis zu 500 Schlaglöcher pro Tag beheben können.

Der übliche Durchschnitt liegt im Normalbetrieb bei 150 Schlaglöchern pro Tag. Die meisten Schlaglöcher werden mit Kaltasphalt geschlossen, weshalb die Reparatur eines Schlaglochs nur eine kurze Zeit andauern und der Verkehr damit möglichst wenig beeinträchtigt wird. Bei größeren Schäden erfolgt eine Verfüllung mit Heiß- oder Gussasphalt, der im Anschluss allerdings mehrere Stunden abkühlen muss. Ziel ist es, bis Anfang kommender Woche alle bis jetzt bekannten Schlaglöcher als Folge des zurückliegenden Regens verfüllt zu bekommen.

Bürger-Bündnis fehlt Investition

Doch dem Essener Bürger-Bündnis / Freie Wähler geht das nicht weit genug. „Der Zustand der Essener Straßen ist ein Skandal“, kritisiert Kai Hemsteeg, Fraktionsvorsitzender des EBB-FW im Rat der Stadt Essen. „Die seit Jahren zu geringen Investitionen in das Haupt- und Nebenstraßennetz durch die Verwaltung und unterstützt durch die Mehrheit aus CDU und Grünen sind dafür verantwortlich. In Teilen sind wir an einer Grenze, wo die Frage zu stellen ist, ob die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht noch nachkommt.“

Im kommenden Jahr sollen lediglich 9,6 Mio. Euro in den Bestandserhalt des Hauptstraßennetzes investiert werden. Wohingegen für neue Radwege ein mittlerer zweistelliger Millionenbetrag im Stadthaushalt eingeplant ist. Allein die Erweiterung der Grugatrasse für Radfahrer sei mit 14 Mio. Euro eingeplant.

„Anträge des EBB-FW die Investitionen zu erhöhen, werden durch schwarz-grün in trauriger Regelmäßigkeit abgelehnt oder vor Behandlung in den Ratsgremien von der Tagesordnung genommen“, so Hemsteeg. „Während die für die Bürger und die lokale Wirtschaft notwendige Straßeninfrastruktur seit Jahren sträflich vernachlässigt wird, gibt sich schwarz-grün Umweltfantastereien wie einem 70 Mio. Euro teuren Stelzenradweg hin. Ein Hohn für alle, die auf ein funktionierendes Straßennetz angewiesen sind.“

Kritik am teuren Radweg

Der EBB-FW fordert die Stadtverwaltung auf, den Zustand der Essener Straßen endlich ernst zu nehmen und die Investitionen in den Bestandserhalt deutlich zu erhöhen. Kai Hemsteeg: „Wir brauchen ein tragfähiges Konzept für die Sanierung und den Ausbau des Straßennetzes“, sagt Hemsteeg. „Die Stadt muss ihren Bürgern und der lokalen Wirtschaft eine sichere und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bieten.“

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS FREIE WÄHLER

EBB-FW fordert mehr Parkplätze auf Ardeyplatz

Das Parken auf dem Ardeyplatz in Rellinghausen ist aktuell nur auf den markierten Flächen erlaubt. Durch eine Freigabe des gesamten Platzes könnten 40-50 zusätzliche Parkplätze geschaffen werden.

In einem entsprechenden Antrag für die kommende Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.01. beantragte die EBB-FW-Ratsfraktion daher die Entwicklung eines Konzeptes zur Nutzung des gesamten Platzes.

„Durch mehr Stellplätze auf dem Platz kann man der Parkplatznot im Stadtteil begegnen und unnötige Suchfahrten von Anliegern, Schulmitarbeitern sowie den aktiven Sportlern, die die dortige Turnhalle nutzen, verhindern. Das würde zur Emissionsreduzierung im Wohngebiet beitragen“ erläutert Hemsteeg Vorsitzender der EBB-FW-Ratsfraktion.

26. Januar 2024

KLARTEXT

Parkstreit in Rellinghausen

Der Ardeyplatz nahe der Frankenstraße darf nur zum Teil beparkt werden. Für Anlieger, Besucher des Stadtteils, die Realschule und Turnhallennutzer wären bis zu 50 weitere Parkplätze eine echte Verbesserung. Doch genau dieser Vorschlag des Essener Bürgerbündnisses / Freie Wähler wurde von den anderen Parteien abgebügelt (Seite 2). Die CDU redet plötzlich vom Renaturieren des trostlosen Areals. Aber selbst wenn das in ferner Zukunft mal der Plan werden sollte, könnte man doch bis dahin mehr Parkraum schaffen. Man hat das Gefühl, dass der „RadEntscheid“-Stadt die Autofahrer egal sind...

Ihr Detlef Leweux

redaktion@mein-kurier.ruhr

Mehr Parkraum auf dem Ardeyplatz

RELLINGHAUSEN. Parkdruck steigt. Essener Bürger Bündnis (EBB-FW) macht Vorschlag

Auf dem Ardeyplatz ist das Parken derzeit nur auf markierten Bereichen erlaubt. In der Mitte gibt es eine große Freifläche. TAGSOS/FFS (2)

lli Schulz

Der Parkdruck wird in vielen Stadtteilen immer größer. Da ist auch Rellinghausen keine Ausnahme. Eine Idee, wie man dem Problem entgegenwirken könnte, kommt jetzt von politischer Seite. Das Essener Bürger Bündnis-Freie Wähler (EBB-FW) hat für die kommende Sitzung des Stadtplanungsausschusses am Donnerstag, 18. Januar, einen Antrag zum Thema „Parken in Rellinghausen“ eingereicht.

„Den Ardeyplatz könnte man in größerem Umfang als bisher als Parkplatz nutzen, das würde Anwohnern und Geschäftsleuten in Rellinghausen helfen“, sagt Kai Hemsteeg, Fraktionsvorsitzender von EBB-FW im Rat und begründet so den Antrag seiner Fraktion. Die Verwaltung soll demnach ein Konzept erstellen, um die Parkflächen auf dem Ardeyplatz auf den gesamten Platz auszudehnen. Bisher ist dort nur auf den mit einem „P“ gekennzeichneten Flächen das Parken erlaubt. Parken auf anderen Bereichen des Platzes werde vom Ordnungsamt geahndet, so Hemsteeg, der im Umfeld wohnt und die Situation deshalb gut kennt.

Suchfahrten von Anwohnern

Gerade zu Schulzeiten der anliegenden Albert-Einstein-Realschule sei der Parkdruck hoch. „Der Ardeyplatz wird aktuell kaum für die Öffentlichkeit genutzt, sieht man einmal vom jährlichen Schulfest und Weihnachtsbaumverkauf ab“, so Hemsteeg. Er findet, dass ein öffentlicher Platz auch von den Bürgern genutzt werden könne.

Durch mehr Stellplätze auf dem Platz könne man der Parkplatznot im Stadtteil begegnen und unnötige Suchfahrten von Anliegern, Schulmitarbeitern sowie den aktiven Sportlern, die die dortige Turnhalle nutzten, verhindern. Das würde zur Emissionsreduzierung im Wohngebiet beitragen, argumentiert Hemsteeg in dem EBB-FW-Antrag. Er schätzt, dass etwa 40 bis 50 Autos dort Platz finden könnten.

Gerade zu Zeiten, in denen der Unterrichtsbetrieb in der Albert-Einstein-Realschule (hinten links) läuft, herrscht oft viel Betrieb rund um den Ardeyplatz.

> Den Ardeyplatz könnte man in größerem Umfang als bisher als Parkplatz nutzen, das würde Anwohnern und Geschäftsleuten in Rellinghausen helfen.
>
> **Kai Hemsteeg,** Fraktionsvorsitzender von EBB-FW, im Rat

Ausgenommen werden sollten vom Parken dort allerdings Wohnmobile, die in den Wohngebieten in Rellinghausen und Stadtwald zunehmend zum Problem würden, weil sie dort laut Hemsteeg oft über längere Zeit abgestellt würden. „Der Bedarf für Wohnmobil-Stellplätze ist da, aber die Stadt tut da nichts“, ärgert sich der Ratsherr.

Die Bewohner im Umfeld hätten aufgrund der insgesamt gestiegenen Anzahl an Fahrzeugen zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Parkmöglichkeiten zu finden, was zu Verkehrsbehinderungen, Frustration und einem negativen Einfluss auf die lokale Lebensqualität führe, heißt es in dem Antrag.

„Weiterhin wird durch erhöhte Suchverkehre die Luftqualität der ohnehin durch Staubelastung auf der angrenzenden Frankenstraße belasteten Anlieger unnötig weiter beeinträchtigt“, sagt der EBB-Vertreter. Eine ausgeweitete Freigabe des Ardeyplatzes fürs Parken würde eine unmittelbare Lösung für dieses Problem bieten. Die Fläche ermögliche ausreichend Raum für Parkplätze, ohne die grundlegenden Funktionen des Platzes zu beeinträchtigen. So könnten Anwohner und Besucher gleichermaßen von einer verbesserten Erreichbarkeit profitieren, heißt es im Antrag.

Durch die Parkplatznot sei nicht nur die Mobilität der Bürger beeinträchtigt, sondern auch lokale Geschäfte und die Wirtschaft im Umfeld würden negativ beeinflusst. Die Schaffung von zusätzlichen Parkmöglichkeiten könnte nicht nur die Verkehrssituation entspannen, sondern auch einen positiven Einfluss auf die lokale Wirtschaft haben.

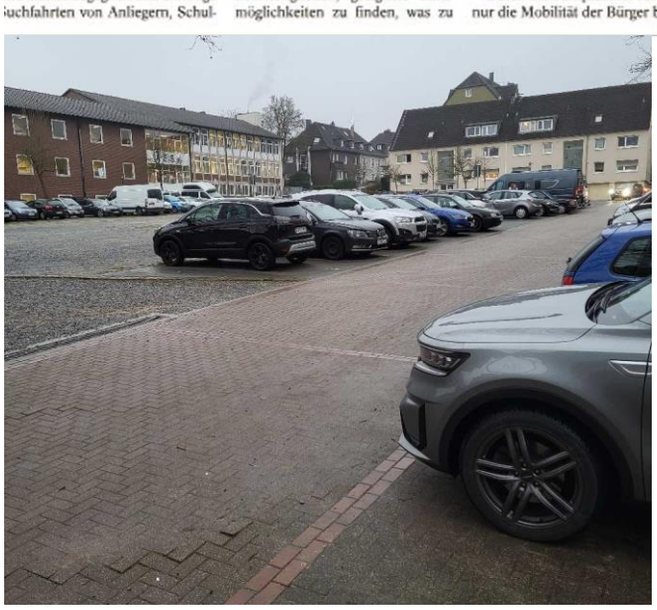
Der EBB-Ratsherr hat nach eigenen Angaben schon wiederholt Beschwerden über fehlende Parkplätze gehört. So seien zum Beispiel durch die Neugestaltung der Haltestellen im Bereich Frankenstraße/Eisenbahnstraße mehrere Parkplätze vor den Geschäften entfallen.

Mehr Frequenz für Geschäfte

Davon betroffen ist auch Apotheker Klaus-Hartmut Iltgen, der seit vielen Jahren die Reichsadler-Apotheke an der Frankenstraße 108 betreibt. An seiner Apotheke gebe es einen Kundenparkplatz für Patienten und Lieferanten, der für 30 Minuten genutzt werden könne. Dieser werde gut angenommen. „Die Leute, die krank vom Arzt kommen, sind ja froh, wenn sie in der Nähe parken und ihre Medikamente mitnehmen können“, sagt er. Insgesamt fehle es an Parkmöglichkeiten vor Ort. „Ich würde es durchaus begrüßen, wenn man auf dem Ardeyplatz in größerem Umfang parken könnte“, so Iltgen. Das würde der Frequentierung der Geschäfte in Rellinghausen guttun, findet er.

„Für besondere Veranstaltungen wie den Tannenbaumverkauf, aber auch für die Präsentation der Hilfs- und Pflegeangebote in Rellinghausen, die im letzten Jahr von der Bürgerschaft veranstaltet wurde und wiederholt werden soll, müsste der Platz frei bleiben“, meint Iltgen.

Kai Hemsteeg ist es deshalb wichtig, einen Vorschlag zum Thema in die Diskussion einzubringen.



ESSENER BÜRGER BÜNDNIS
FREIE WÄHLER

EBB-FW fordert endlich Lösung für Nahversorgung in Freisenbruch

Die Verzögerung des Baustarts für das neue Einkaufszentrum in Essen-Freisenbruch ist unerträglich“, kritisiert Wilfried Adamy, Ratsherr des ESSENER BÜRGER BÜNDNIS – FREIE WÄHLER (EBB-FW) im Rat der Stadt Essen. „Die Anwohner in Freisenbruch warten seit Jahren auf eine Verbesserung der Nahversorgung. Der Baubeginn war zuletzt für 2025 geplant, jetzt steht noch nicht einmal fest, ob im kommenden Jahr überhaupt mit dem Bau begonnen wird.“

Adamy fordert die Stadt Essen und den Investor List Develop Commercial auf, sich endlich zu bewegen. „Die Bürgerinnen und Bürger in Freisenbruch haben ein Recht auf eine gute Nahversorgung. Die Stadt muss alles tun, um das Projekt voranzutreiben“, so Adamy.

„Wir haben bereits mehrfach im Rat der Stadt Essen auf die Dringlichkeit des Baus hingewiesen“, ergänzt Adamy. „Die Stadt muss jetzt endlich handeln und dafür sorgen, dass die Verträge unterschrieben werden und der Baubeginn schnellstmöglich erfolgt.“

Adamy befürchtet, dass die Verzögerung des Baus dazu führt, dass noch mehr Geschäfte im Stadtteil schließen. „Die Anwohner sind bereits jetzt gezwungen, lange Wege in Kauf zu nehmen, um ihre Einkäufe zu erledigen. Wenn sich die Situation weiter verschlechtert, werden noch mehr Geschäfte schließen und die Nahversorgung in Freisenbruch wird noch schwieriger“, so Adamy.

26. Januar 2024 LOKALES

Einkaufszentrum für Freisenbruch

Ratsherr Adamy fordert endlich Bewegung bei der Stadt

„Die Verzögerung des Baustarts für das neue Einkaufszentrum in Freisenbruch ist unerträglich“, kritisiert Wilfried Adamy, Ratsherr des Essener Bürgerbündnis / Freie Wähler (EBB-FW). „Die Anwohner in Freisenbruch warten seit Jahren auf eine Verbesserung der Nahversorgung. Der Baubeginn war zuletzt für 2025 geplant, jetzt steht noch nicht einmal fest, ob im kommenden Jahr überhaupt mit dem Bau begonnen wird.“

Wilfried Adamy
Foto: Archiv

Adamy fordert die Stadt Essen und den Investor List Develop Commercial auf, sich endlich zu bewegen. „Die Bürger in Freisenbruch haben ein Recht auf eine gute Nahversorgung. Die Stadt muss alles tun, um das Projekt voranzutreiben. Wir haben bereits mehrfach im Rat der Stadt Essen auf die Dringlichkeit des Baus hingewiesen. Die Stadt muss jetzt endlich handeln und dafür sorgen, dass die Verträge unterschrieben werden und der Baubeginn schnellstmöglich erfolgt“, erklärt Adamy.

Adamy befürchtet, dass die Verzögerung des Baus dazu führt, dass noch mehr Geschäfte im Stadtteil schließen. Adamy: „Die Anwohner sind bereits jetzt gezwungen, lange Wege in Kauf zu nehmen, um ihre Einkäufe zu erledigen. Wenn sich die Situation weiter verschlechtert, werden noch mehr Geschäfte schließen und die Nahversorgung in Freisenbruch wird noch schwieriger.“

2021 sollte schon Baustart sein

Hintergrund: Geplant war eigentlich ein Baustart im Jahr 2021. Doch die Arbeiten am Eibergbach dauerten länger als geplant. Zudem wurden Ausschreibungsfristen nicht eingehalten und auch von dem Ausmaß der Bergbauschäden zeigte sich die Stadt überrascht. Noch fehlt auch der Vertragsabschluss zwischen Stadt und Investor. Wenn der Baustart erst 2025 erfolgt, muss man bei von Investor List Develop Commercial geplanten zwei Jahren Bauzeit von einer Eröffnung im Jahr 2027 ausgehen.

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS
FREIE WÄHLER

EBB-FW fordert Abschaffung des Genderns in der Stadtverwaltung

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS - FREIE Wähler (EBB-FW) im Rat der Stadt Essen fordert die Abschaffung des Genderns in der Stadtverwaltung, ihrer Homepage und möglichst auch den Stadttöchtern. Ratsherr Wilfried Adamy, Sprecher für Bildung und Sprache des EBB-FW, erklärt:

„Die Bundesländer Bayern und Hessen haben das Gendern in den Behörden wieder abgeschafft. Essen sollte sich ein Beispiel nehmen, weil es mit weitem Abstand der Wille der Bürger ist.

Eine Forsa-Umfrage aus dem vergangenen Sommer ergab, dass 73 Prozent der Deutschen das Gendern ablehnen.

Der Versuch, die Sprache durch Gendern zu verändern, war von Anfang an ein linkes und vor allem grünes Eliteprojekt. Der Genderstern birgt gesellschaftlichen Sprengstoff. Schulen, Ämter und Rundfunk verzichten immer öfter darauf – und werden kreativer.

Auch das Internetportal der Stadt Essen sollte angepasst und vom Gendern befreit werden, der beim Relaunch nahezu heimlich eingeführt wurde. Die Stadtverwaltung sollte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und nicht an einer ideologischen Sprachreform festhalten, die von der Mehrheit der Bürger abgelehnt wird.“

Adamy fordert Oberbürgermeister Thomas Kufen auf, eine entsprechende Dienstanweisung zu erlassen.

9. Februar 2024

KLARTEXT

Die Sprache gendern...

„Aus Gründen der Lesbarkeit verwenden wir in MEIN KURIER das traditionelle generische Maskulinum, z.B. der Mitarbeiter. Wir meinen dabei aber stets alle Geschlechter im Sinne der Gleichbehandlung.“

Wir sehen das ganz pragmatisch. Denn schon 10 bis 15-mal „Bürgerinnen und Bürger“ zu schreiben, das wäre der Platz für eine weitere lokale Meldung, die dann nicht mehr passen würde. Eher ideologisch will das Essener Bürger-Bündnis-Freie Wähler die Diskussion um das (Nicht-) Gendern in der Stadtverwaltung führen. Interessant ist in Essen wie auch bei TV- und Radiosendern die Frage: Wer hat das Gendern eigentlich angeordnet?

Ihr Detlef Leweux
redaktion@mein-kurier.ruhr

Abschaffung des Genderns in der Stadtverwaltung gefordert

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS- FREIE WÄHLER spricht von „grünem Eliteprojekt“

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS- FREIE Wähler (EBB-FW) im Rat der Stadt Essen fordert die Abschaffung des Genderns in der Stadtverwaltung, auf der Stadt-Homepage und auch bei den „Stadttöchtern“. Ratsherr Wilfried Adamy, Sprecher für Bildung und Sprache des EBB-FW, erklärt: „Die Bundesländer Bayern und Hessen haben das Gendern in den Behörden wieder abgeschafft. Essen sollte sich ein Beispiel nehmen, weil es mit weitem Abstand der Wille der Bürger ist. Eine Forsa-Umfrage aus dem vergangenen Sommer ergab, dass 73 Prozent der Deutschen das Gendern ablehnen. Der Versuch, die Sprache durch Gendern zu verändern, war von Anfang an ein linkes und vor allem grünes Eliteprojekt. Der Genderstern birgt gesellschaftlichen Sprengstoff.

Ratsherr Wilfried Adamy
Foto: Archiv

Heimlich eingeführt?

Schulen, Ämter und Rundfunk verzichten immer öfter darauf - und werden kreativer. Auch das Internetportal der Stadt Essen sollte angepasst und vom Gendern befreit werden, der beim Relaunch nahezu heimlich eingeführt wurde. Die Stadtverwaltung sollte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und nicht an einer ideologischen Sprachreform festhalten, die von der Mehrheit der Bürger abgelehnt wird.“

Wilfried Adamy fordert Oberbürgermeister Thomas Kufen auf, eine entsprechende Dienstanweisung zu erlassen.

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS
FREIE WÄHLER

Ein überfälliger Neuanfang an der Spitze der Ruhrbahn

Angesichts der jüngsten Entwicklungen bei der Ruhrbahn fordert das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS – Freie Wähler (EBB-FW) einen dringenden Neuanfang in der Führungsebene des Unternehmens. Joachim Kluft, Sprecher des EBB-FW im Ausschuss für Verkehr und Mobilität, kritisiert vehement die gegenwärtige Situation bei der Ruhrbahn, insbesondere die hohe Krankenquote von 24%, zahlreiche technische Mängel sowie den enormen finanziellen Zuschussbedarf von 105 Millionen Euro pro Jahr.

“Die aktuelle Führung unter Michael Feller hat gezeigt, dass ein neuer Ansatz dringend benötigt wird, um die Effizienz und Zuverlässigkeit unseres öffentlichen Nahverkehrssystems zu verbessern. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bürgerinnen und Bürger Essens und Mülheims unter den Unzulänglichkeiten der Ruhrbahn leiden, während gleichzeitig immense Summen aus dem städtischen Haushalt zur Deckung der Defizite erforderlich sind”, so Kluft.

Der angekündigte Führungswechsel und die Erweiterung des Vorstands bei der Ruhrbahn werden von Kluft und dem EBB-FW begrüßt, doch betont er die Notwendigkeit, dass diese Änderungen mit einer klaren Vision und starkem Engagement für eine bessere Qualität und Zuverlässigkeit des öffentlichen Nahverkehrs einhergehen müssen.

“Weiterhin fordern wir, dass die neuen Führungskräfte einen deutlichen Fokus auf die Behebung der technischen Mängel legen und Maßnahmen ergreifen, um die Krankenquote signifikant zu reduzieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Ruhrbahn ihren Beitrag zu einem nachhaltigen und benutzerfreundlichen Mobilitätsangebot in der Metropolregion Ruhr leistet”, fügt Kluft hinzu.

Das EBB-FW appelliert an die städtischen Gesellschafter, bei der Auswahl der neuen Führungskräfte höchste Sorgfalt walten zu lassen und Kandidaten zu bevorzugen, die sowohl über die notwendige Erfahrung im Verkehrswesen als auch über frische Ideen für die dringend benötigte Neuausrichtung verfügen.

Abschließend betont Kluft: “Die Bewältigung der finanziellen und technischen Herausforderungen der Ruhrbahn erfordert mutige Entscheidungen und eine Führung, die bereit ist, alte Pfade zu verlassen. Wir stehen bereit, mit den neuen Verantwortlichen zusammenzuarbeiten, um die Ruhrbahn zu einem Vorzeigemodell für den öffentlichen Nahverkehr zu machen.”

EBB-FW: Streik der Ruhrbahn ist ein Schlag ins Gesicht für Kunden und Steuerzahler

Kommunale Daseinsfürsorge wird mit 104 Mio. EUR städtisch entlohnt

Der aktuell geplante Streik der Ruhrbahn am Freitag ist ein Schlag ins Gesicht für treue Kunden und angesichts einer hohen Krankheitsquote von 24 Prozent und immens hoher Subventionen von 104 Mio. EUR allein durch die Stadt Essen im Jahr 2024 mehr als unangemessen. Das ist die Meinung des Fraktionsvorsitzenden des ESSENER BÜRGER BÜNDNIS-Freie Wähler (EBB-FW) im Rat der Stadt Essen, Kai Hemsteeg.

„Angesichts der zahlreichen Baustellen und Straßen in Essen hat die Ruhrbahn eine Bringschuld. Sie ist eine hundertprozentige Stadttochter, die auch in schwierigen finanziellen Zeiten immer durch die Stadt aufgefangen worden ist“, so Hemsteeg. „Als Teil der kommunalen Daseinsfürsorge hat die Ruhrbahn die Pflicht dafür zu Sorge zu tragen, dass Busse und Bahnen fahren, um die Menschen zu transportieren und so auch die desolaten Straßen in Essen zu entlasten.“

Stattdessen mache die Ruhrbahn mit einer Krankheitsquote von 24 Prozent und regelmäßigen Ausfällen ganzer Takte von sich Reden. „Ein inakzeptabler Zustand gerade für alle Steuerzahler, schließlich ist der städtische Zuschuss gerade erst von 85 Mio. EUR (2023) auf 104 Mio. EUR (2024) angehoben worden“, so Hemsteeg. „Hinzu kämen noch Zuschüsse von Land und Bund in zweistelliger Millionenhöhe.“

„Die Ruhrbahn hat einen klaren kommunalen Auftrag und wird zu etwa Zwei Dritteln aus öffentlichen Geldern getragen. Das war auch zu Coronazeiten so, wo die Mitarbeiter im Gegensatz zu Millionen anderen Arbeitnehmern und Selbstständigen eine Lohngarantie hatten“, so Hemsteeg. „Das gilt es durch die Mitarbeiter der Ruhrbahn wertzuschätzen, anstatt die Fahrgäste an der Ecke stehen zu lassen!“

Das EBB-FW fordert die Ruhrbahn auf, sich mit den Gewerkschaften zu befassen und eine Lösung für den Streik zu finden. „Die Fahrgäste dürfen nicht länger leiden“, so Hemsteeg.

EBB-FW fordert ganzheitliches Extremismus-Handlungskonzept der Stadt Essen!

Auch gegen Links-, Ausländer- und Öko-Extremismus berücksichtigen

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB-FW) setzt sich entschieden gegen jegliche Form des Extremismus ein und fordert die Stadt Essen auf, ihr Handlungskonzept gegen Extremismus zu erweitern. Dazu beantragt es, das Handlungskonzept der Stadt Essen, beschlossen vom Rat unter Nr. Nr. 1468/2023/OB um Links-, Ausländer- sowie Umweltextremismus zu erweitern. Unter dem Motto “Gemeinsam gegen Extremismus – für eine starke Demokratie” ruft die Fraktion zu einem umfassenden Vorgehen auf.

“Es ist von großer Bedeutung, dass wir alle Formen des Extremismus in den Blick nehmen und entsprechende Maßnahmen ergreifen”, betont Kai Hemsteeg, Fraktionsvorsitzender des EBB-FW. “Unsere Stadt darf keinen Raum für Gewaltbereitschaft, ideologische Rigidität und die Ablehnung demokratischer Grundwerte lassen, egal von welcher Seite es kommt.” ” Politik muss das Problem ganzheitlich angehen und muss daher auch Links-, Ausländer- und Öko-Extremismus ins Visier nehmen Daher ist es unerlässlich, das Handlungskonzept gegen Extremismus zu erweitern.”

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB-FW) fordert, dass das Handlungskonzept analog zu den Differenzierungen des Verfassungsschutzberichtes 2022 um die Bereiche Linksextremismus, auslandsbezogenen Extremismus und Umweltextremismus angereichert wird. Der Umweltextremismus, als eine Form des politischen Extremismus, hat in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar.

“Ein ganzheitliches Handlungskonzept stellt ein klares Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie dar. “Alle Fraktionen müssen hier Farbe bekennen”, erklärt Hemsteeg. “Es ist wichtig, dass wir Prävention, Deradikalisierung und Repression als Handlungsschritte berücksichtigen und konsequent und ganzheitlich handeln.”

Kurze Strecke, großer Aufwand

FREISENBRUCH. Damit Radfahrer sicher von Freisenbruch nach Wattenscheid kommen, muss ein Lückenschluss her

Dominika Sagan

Wer von Freisenbruch ins benachbarte Wattenscheid radelt, muss dafür bislang auf der vielbefahrenen Straße Wattenscheider Hellweg entlang fahren. Das soll sich ändern, denn gefordert wird längst ein Lückenschluss der Radverkehrsanlagen und des Fußwegs zwischen dem Essener und dem Bochumer Stadtteil. Dann sollen die Bochumer auch das noch zu errichtende Freisenbrucher Einkaufszentrum besser und vor allem sicher erreichen können. Dass bei diesem Projekt Radweg zwei Städte beteiligt sind, macht es offenbar nicht einfacher.

Während das Thema in Freisenbruch immer wieder aufkommt, wurde es politisch ausführlich etwa im vergangenen Frühjahr diskutiert. Als besonders gefährlich wurde dabei der einspurige Bereich in den Feldern zwischen Wattenscheid und Freisenbruch benannt. „Es würde sich hier anbieten, einen einseitigen gemeinsamen Rad- und Fußweg anzulegen, damit zukünftig neben Radfahrern auch Fußgänger sicher diesen Bereich passieren können“, formulierte das Essener Bürgerbündnis und stellte einen entsprechenden Antrag im Ausschuss für Verkehr und Mobilität.

Mit der Nachbarstadt in Kontakt

Beschlossen wurde da bereits, dass sich die Stadt Essen gemeinsam mit der Stadt Bochum und möglicherweise auch Straßen.NRW dafür einsetzt, eine Radverkehrsanlage und einen Fußweg auf dem Abschnitt zwischen Essen-Freisenbruch und Bochum-Wattenscheid einzurichten. Dabei geht es um das etwa drei Kilometer lange Teilstück zwischen dem Knotenpunkt Bochumer Landstraße/Rodenseelstraße/Sachsenring bis zur Kreuzung Berliner Straße/Zeppelindamm/Wattenscheider Hellweg in Bochum. Bereits zu diesem Zeitpunkt bestätigte Essens zuständige Dezernentin Simone Raskob, dass die Stadt Essen mit der Nachbarstadt Bochum bei dem Thema bereits in Kontakt sei.

Laut Politik hätte diese lückenlose Verbindung den Vorteil, dass das neue Freisenbrucher Einkaufszentrum „Quartier am Hellweg“ künftig für Radfahrer aus Wattenscheid besser erreichbar sein werde. Dieses allerdings muss wie auch die Radtrasse überhaupt erst gebaut werden. Die Bochumer Stadtpolitik jedenfalls habe bereits im März 2023 beschlossen, den Wattenscheider Hellweg von Bochum aus kommend bis zur Kreuzung Berliner Straße/Zeppelindamm/Wattenscheider Hellweg mit Radfahrstreifen auszustatten. Damit würde dann die oben genannte Lücke entstehen. Nur durch deren Schließung wäre aber die Sicherheit für Radfahrer deutlich verbessert, die dann auch bis nach Steele fahren könnten.

In Bochum wiederum lockt etwa das Blumengeschäft Schley viele Essener. Schon im Vorjahr merkte Wilfried Adamy (EBB) an, dass mit einem Lückenschluss niemand mehr „im Niemandsland“ radeln müsste: Er kritisierte seinerzeit, dass der Bereich am Einkaufszentrum zwar auch mit Blick auf die Radfahrer geplant worden sei, dann aber nur ein Stück weiter Schluss sei.

Der heutige Ausbauzustand dieses Abschnitts zwischen Wattenscheid und Essen stelle derzeit hier eine erhöhte Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer dar. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass der größte Teil der Strecke auf Bochumer Stadtgebiet liegt. „Die Verkehrsplanung der Stadt Essen hat daher mit der Stadt Bochum Kontakt aufgenommen, um den aktuellen Sachstand in Bochum in Erfahrung zu bringen“, heißt es nun aus der Essener Verwaltung, der nun eine Antwort vorliege.

Demnach würden entlang der Essener Straße/Wattenscheider Hellweg Radfahrstreifen angelegt, sobald die Witterung das zulasse. Bisher sei lediglich der Abschnitt östlich Berliner Straße/Zeppelindamm geplant worden. Der Abschnitt ab dem Stalleickenweg bis zur Stadtgrenze Essen liege wiederum in Verantwortung von Straßen.NRW. Dass Bedarf an dieser lückenlosen Verbindung bestehe, das habe die Stadt Bochum bereits an Straßen.NRW weitergegeben.

Bochum ist verantwortlich für das Teilstück des Wattenscheider Hellwegs zwischen Berliner Straße/Zeppelindamm und Stalleickenweg, werde aber davon absehen, bereits zu planen oder gar eine Radverkehrsführung auf diesem Abschnitt einrichten, so lange ungewiss sei, wie es um die Weiterführung der Verbindung stehe. Für diesen fehlenden kurzen Abschnitt auf Essener Stadtgebiet (Stadtgrenze Bochum und Ausbauende des Knotenpunkts Bochumer Landstraße/Rodenseelstraße/Sachsenring) muss nun die Verwaltung als Baulastträger planen. Diese Pläne sollen spätestens dann vorliegen, wenn die Verbindung auf Bochumer Stadtgebiet bis zur Essener Stadtgrenze umgesetzt wird.

Heißt: Wird in Bochum feststehen, wann und wie die Verbindung bis Essen weitergeführt werden soll, wird die Verwaltung diese Pläne in ihrer Aufgabenliste übernehmen. Bis dahin bleibe die Verwaltung weiterhin im Austausch mit der Stadt Bochum, um rechtzeitig mit den Plänen starten zu können. Im dritten Quartal 2024 soll es zum Stand weitere Informationen geben.

Es soll ein Lückenschluss zwischen dem Knotenpunkt Bochumer Landstraße/Rodenseelstraße/Sachsenring in Essen und der Kreuzung Berliner Straße/Zeppelindamm/Wattenscheider Hellweg in Bochum entstehen. MORITZ KENTLER/FFS

Derzeit wird an dem Knotenpunkt Bochumer Landstraße/Rodenseelstraße/Sachsenring noch gebaut. KERSTIN KOKOSKA/FFS

Bislang sei die Fahrt von Essen nach Bochum und umgekehrt nicht ungefährlich. KRIMPELBEIN/FFS

> Es würde sich hier anbieten, einen einseitigen gemeinsamen Rad- und Fußweg anzulegen, damit zukünftig neben Radfahrern auch Fußgänger sicher diesen Bereich passieren können.
>
> **Vorschlag** des Essener Bürgerbündnisses

Sie haben Interesse an der Mitarbeit?
Hierfür und auch für Fragen oder Anregungen sind wir unter folgenden Kontaktdaten zu erreichen:

Adresse: Kreuzeskirchstraße 1, 45127 Essen
Telefonnummer:
0201-244999-0
E-Mail: info@ebb-fraktion.de

Hier geht es zum Mitgliedsantrag

Joachim Kluft
Vorsitzender des EBB-FW Fraktion

und

Kai Hemsteeg
Vorsitzender der EBB-FW Ratsfrak-